

GRÜNES BÜNDNIS
Neustadtstrasse 34
Postfach 31
6000 Luzern 4

RundBrief
5/2006

Zeitschrift
für Mitglieder
und Interessierte



Revision von Asyl- und Ausländergesetz

Es gibt nur eins: Sag Nein!

Schwerpunkt	3	Initiative	7
Am 24. September wird über das Asyl- und Ausländergesetz abgestimmt: 2x NEIN!		Die grüne Initiative für erneuerbare Energien ist zustande gekommen.	
Abstimmungen	6	Kanton	8
Die eidgenössische Initiative «Nationalbankgewinne für die AHV»: JA!		Warum es «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» braucht. Ein Interview.	

Editorial

Ökologische Welt, humanitäre Schweiz

Rosa Rumi, GB-Co-Präsidentin, Alberswil

Die Zukunft hat bereits begonnen – spätestens seit die WetterbeobachterInnen immer neue Hitzerekorde registrieren: 1983 war es auf der Erde so warm wie zuvor in hundert Jahren nicht, 1987 war es noch wärmer, 1988 gab es einen Hitzerekord, ebenso 1990, und ein weiterer Hitzerekord wurde 2003 erreicht. Gerade hatten wir den heissesten Juli – alles kein Zufall! Längst sind sich die ExpertInnen einig, dass der Homo sapiens occidentalis den Klimawandel wesentlich mitverursacht. Das darf so nicht weitergehen.

Ein regnerisches Wochenende im August bot mir Gelegenheit, diverse Artikel zum Thema Klimawandel zu lesen. Alle wurden anlässlich des soeben vergangenen Hitzesommers geschrieben. Gelegentlich fragten sich die AutorInnen, warum die Politik seit den späten siebziger Jahren so wenig unternommen habe, um den Klimawandel zu bremsen. Antworten geben sie keine.

Was jedoch überall zum Ausdruck kommt, sind grundlegende Zweifel an «der Politik», die mit Weg- und Zerreden, mit zögerli-

chem Reagieren viel kostbare Zeit vertan hat: Zeit, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren, erneuerbare Energien und die Energieeffizienz zu fördern. Leider nützt es dem Klima herzlich wenig, dass wir Grünen die guten Vorschläge dazu längst gemacht haben ...

Die Zukunft liegt vor uns – beispielsweise ein reich befruchtetes und folgenschweres Abstimmungswochenende. Am 24. September stimmen wir über die beiden Referenden gegen die Revision von Asyl- und Ausländergesetz ab. Es geht hier wesentlich um die Zukunft der humanitären Schweiz, aber nicht so, wie sie Blocher versteht.

Ebenfalls auf nationaler Ebene ist unsere Meinung zur Kosa-Initiative gefragt. In diesem RundBrief erfahren Sie, warum wir Grünen die Initiative unterstützen. Auf kantonaler Ebene geht es um die von uns mitgetragene Initiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen».

Wichtig: die Abstimmungen nicht verschlafen und Stellung beziehen!

Die Zukunft hat schon begonnen.





Die Idee
von Ihnen

Das Holz
aus der Region

Die Qualität
vom Schreiner

Stefan Suhner
Möbelschreinerei
Rösslimattweg 8
6005 Luzern
Telefon 041 360 82 83



PATRICK STEINER

PARKETTARBEITEN
MALERARBEITEN
NATURFARBEN

LUZERNERSTR. 33C
6010 KRIENS
TEL. 079 650 79 42

Revision von Asyl- und Ausländergesetz

Menschenrechte in Gefahr

Cécile Bühlmann, Geschäftsleiterin der feministischen Friedensorganisation cfd, Luzern

Die Revision von Asyl- und Ausländergesetz stellt einen Quantensprung in der Verschärfung der Migrationsgesetzgebung dar. Die Revision wird von einem breiten Bündnis von kirchlichen, menschenrechtlichen und links-grünen Kreisen bekämpft. Neuerdings schliessen sich auch und immer mehr bürgerliche PolitikerInnen dem Widerstand an. Aus gutem Grund!

Asylgesetz: Verletzung der Grundrechte

Die Asylgesetzrevision bringt eine ganz Kette von Verschärfungen, die in der Summe faktisch dazu führen, dass verfolgte Menschen in der Schweiz kaum mehr Asyl erhalten können. Die humanitäre Tradition der Schweiz, von der im Abstimmungskampf wiederholt die Rede ist, verkommt zur hohlen Phrase.

Das beginnt schon beim Zugang zum Asylverfahren. Hier wird ein eigentlicher Paradigmenwechsel vollzogen: Es geht nicht mehr darum, ob jemand Fluchtgründe hat, sondern darum, ob er/sie gültige Reisepapiere hat. Wegen dieser Schikane laufen Verfolgte Gefahr, ihre Fluchtgründe gar nicht mehr in einem Verfahren darlegen zu können – genau das wäre aber die Voraussetzung für die Gewährung von Asyl. Das ist gravierend, weil Verfolgte von ihrem Verfolgerstaat oft keine Papiere erhalten. Zudem verletzt die Schweiz damit die Genfer Flüchtlingskonvention und das Völkerrecht. Die Schweiz hat sich mit dem Nonrefoulement-Verbot nämlich dazu verpflichtet, dass niemand in ein Land zurückgeschafft werden darf, in dem ihm oder ihr Tod oder Folter droht.

Sozialer Ausschluss

Ein weiterer gravierender Punkt ist der Ausschluss aus den Sozialstrukturen, der alle Personen betrifft, auf deren Gesuch nicht eingetreten oder deren Gesuch abgelehnt wird. Nicht einmal besonders verletzte Personen wie Kinder, kranke und betagte Personen oder schwangere Frauen wurden davon verschont! Mit dieser Massnahme wird der soziale Ausschluss normalisiert, und die Betroffenen laufen Gefahr, durch die Ausgrenzung zur Zielscheibe von Diskriminierung, Hass und Rassismus zu werden.

Schliesslich wurden auch die ganzen Zwangsmassnahmen verschärft. Wer kein Asyl erhält und die Schweiz nicht verlässt, riskiert bis zu zwei Jahre Freiheitsentzug. Da selbst Minderjährige davon betroffen sein können, verletzt die Schweiz damit die Kinderrechtskonvention.

Ausländergesetz: Kontrolle und Missbrauchsbekämpfung

Das neue Ausländergesetz atmet den Geist des Misstrauens und des Kontrollwahns gegenüber MigrantInnen, vor allem gegenüber jenen von ausserhalb der Europäischen Union. Die MigrantInnen werden an die Kandare genommen und behandelt, als ob sie unmündig seien: Ihnen wird vorgeschrieben, ob sie ihre Kinder in die Schweiz holen können und bis wann sie das tun müssen; ebenso wird ihnen vorgeschrieben, dass sie mit ihrem Schweizer Ehepartner in einer gemeinsamen Wohnung leben müssen. Beim Familiennachzug werden Wohnungsgrösse und Mindesteinkommen vorgeschrieben. Selbst die Vorschläge zu einer besseren Integration sind im Laufe des parlamentarischen Verfahrens zu Ausschlusskriterien verkommen. Das heisst, dass mit dem Argument, jemand sei nicht genügend integriert, MigrantInnen zum Beispiel die Niederlassungsbewilligung verwehrt werden kann.

Die Forderung nach einem zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsrecht für Frauen ist nicht eingelöst worden. Nach wie vor können Migrantinnen, die wegen der Heirat mit einem Schweizer eingereist sind, sich in den ersten drei Jahren ihres Aufenthalts nicht von ihrem Ehemann trennen, ohne zu riskieren, ausgewiesen zu werden. Der Verbleib in der Schweiz nach der Auflösung der Familiengemeinschaft kann nur geltend gemacht werden, wenn eheliche Gewalt im Spiel gewesen ist oder wenn die soziale Eingliederung im Heimatland gefährdet ist.

Es gibt nur eines am 24. September 2006: zweimal Nein sagen!



Abstimmungsparolen

Änderung vom 16.12.05 des Asylgesetzes

NEIN

Bundesgesetz vom 16.12.05 über die Ausländerinnen und Ausländer

NEIN

Interview mit Balthasar Glättli «Es zählt die Dynamik»

Koni Loepfe, PS-Redaktor, Zürich

Mit seiner Partei und im Rahmen von Solidarité sans frontières engagiert sich Balthasar Glättli gegen das revidierte Ausländer- und Asylgesetz. Glättli (34) ist politischer Sekretär von Solidarité sans frontières und Co-Präsident der Grünen Kanton Zürich. Mit ihm sprach Koni Loepfe, Redaktor der linken Zürcher Zeitung PS.

Koni Loepfe: Was sind Ihre ganz persönlichen Argumente für ein Nein zum Asyl- und zum Ausländergesetz?

Balthasar Glättli: Persönlich stört mich an beiden Gesetzen am meisten die Missachtung der Grundrechte von MigrantInnen und Flüchtlingen. Die Situation politisch Verfolgter ohne Reisepapiere würde mit dem neuen Gesetz nicht mehr sorgfältig abgeklärt. Die in beiden Gesetzen verankerten Zwangsmassnahmen sind zudem völlig unverhältnismässig. Während für einen Vergewaltigungsversuch anderthalb Jahre bedingt ausgesprochen werden, droht Ausländern mit den neuen Gesetzen bis zu zwei Jahre Haft – einzig dafür, dass sie sich ohne Aufenthaltsbewilligung in der Schweiz aufhalten.

Empfinden Sie es auch als einen Stimmungswandel – insofern, als aus einer Pflichtübung mit

kleinen Erfolgschancen nun eine echte Auseinandersetzung entstand, deren Ausgang offen ist?

Ich bin persönlich nicht sehr optimistisch gestimmt. Es braucht sehr viel Engagement und viele zusätzliche Spenden, bis ein gutes Resultat oder gar ein doppeltes Nein in Griffweite steht. Aber den Stimmungswandel spürte ich auch, schon in der Sammelphase. Für einmal

hat auch die Deutschschweiz viele Unterschriften beigetragen, und die Referenden kamen viel einfacher als befürchtet zustande. Dieser Schwung macht sich nun in der Kampagnenphase bemerkbar. Es entstehen quasi von unten her viele Projekte und Aktivitäten wie der von Solidarité sans frontières unterstützte Doppel-CD-Sampler «Rock down Asyl- und Ausländergesetz» (siehe www.rockdown.ch), womit

man auch finanziell zur Unterstützung der Kampagne beiträgt.

Worauf führen Sie die Änderung zurück?

Zentral zu einem neuen Kräfteverhältnis beigetragen hat, dass Ruth Dreifuss das Präsidium des nationalen 2x NEIN-Komitees übernahm. Wichtig war auch, dass eine breite Basisbewegung entstanden ist. Der Erfolg der Sammelphase hat dies sicher noch verstärkt. Umgekehrt nützt es uns auch, dass mit Bundesrat Blocher kein moderater Rechter an der Spitze der Verschärfungen steht, sondern einer der polarisierendsten Politiker dieses Landes. Wenn Blocher nun plötzlich die Bewahrung der humanitären Tradition der Schweiz als Argument anführt, braucht es von unserer Seite keine grosse Überzeugungsarbeit, um dies als unglaubliches Kreidefressen hinzustellen.



Wie wichtig ist Ruth Dreifuss als Person?

Ihr Bekanntheitsgrad und ihre Glaubwürdigkeit, ihre Ruhe und Gelassenheit im Argumentieren sowie ihre Professionalität im Umgang mit den Medien bringen der Kampagne mehr als beispielsweise eine ganze Inserateserie in allen wichtigen Zeitungen.

Positiv ist das Entstehen von bekannten bürgerlichen Personen gegen das Asylgesetz. Negativ die doch recht klaren Parolen der bürgerlichen Delegiertenversammlungen – insbesondere jene der CVP. Wie schätzen Sie die Verhältnisse im bürgerlichen Lager ein?

In der politischen Wahrnehmung zählt interessanterweise ja oft nicht eine bekannte Ausgangslage, sondern die Dynamik. Eigentlich ist die Ausgangslage ja desolat. Eine Asylgesetzrevision, die weit härter ist als die im Herbst 2002 noch von CVP und FDP bekämpfte SVP-Anti-Asylinitiative, geniesst nun plötzlich die Unterstützung der beiden Parteien und der meisten ihrer ParlamentarierInnen. Umgekehrt geniessen dafür die bürgerlichen DissidentInnen und ihre Argumente nun eine überproportionale Aufmerksamkeit, desgleichen die abweichenden Parolen welscher Kantonalparteien von CVP und FDP.

Wie sehen Sie die vom Zürcher Stadtrat initiierte Kampagne der Städte?

Diese Kampagne der Städte ist vor allem darum wichtig, weil wir in den grossen Städten das Potenzial der Nein-Stimmenden abholen müssen, wenn wir eine Chance für ein doppeltes Nein haben wollen. Die Städte bringen hier eine neue Argumentationsebene ein. Und sie greifen Bundesrat Blocher in einem zentralen Punkt seiner Argumentation an. Er behauptet, die neuen Gesetze seien nötig, um bestehende Probleme zu lösen. Die Städte argumentieren korrekt, dass mit den verschärften Gesetzen bloss eine Problemverlagerung stattfindet.

Wie gehen Sie damit um, dass die grosse Sommerpause kommt und an deren Ende die Stimmcouverts schon fast in den Briefkästen liegen?

Eine kurze heisse Abstimmungsphase kommt uns eher entgegen, weil wir nicht über viele Mittel verfügen. Die vielfältigen und auf eine kurze Zeit konzentrierten Aktivitäten werden sich hoffentlich auch in den redaktionellen Teilen der Medien niederschlagen.

Kann man die WählerInnen überhaupt noch zum Umdenken bringen? Oder geht es nur noch um das Mobilisieren der eigenen Leute?

Geld für Meinungsumfragen haben wir leider nicht. Die Mobilisierung der sogenannt offenen Schweiz wird aber zentral sein. Wir müssen im Welschland und in den Städten möglichst viele Nein-Stimmen erzielen. Die Differenzierung zwischen Asyl- und Ausländergesetz findet kaum statt. Die meisten werden wohl zweimal Ja oder zweimal Nein stimmen. Im Zentrum der Auseinandersetzung steht zudem das Asylgesetz.

Kommt Ihnen das recht, oder sähen Sie mehr Chancen bei einem differenzierteren Hinsehen?

Eine Differenzierung wäre gleichzeitig Chance und Herausforderung. Einerseits gibt es wirtschaftsliberale Kreise, die zwar für eine harte Asylpolitik, aber für mehr Zuwanderung von tendenziell günstigeren Arbeitskräften sind. Andererseits gibt es humanitär bewegte Menschen, welche überzeugt für die Aufrechterhaltung tatsächlicher Verfolgter eintreten, aber keine lockerere Migrationspolitik wünschen. Selbst wenn Letzteres nicht direkt zur Debatte steht, sind Stimmen gegen das Ausländergesetz natürlich ein politisches Signal für eine offenere Migrationspolitik.

Momentan zeichnet sich allerdings eher eine Grundauseinandersetzung für oder gegen die Blocher-Gesetze ab. Ich erhoffe mir, dass bei einer solchen Ausgangslage auch die Wähler des mitte-bürgerlichen Lagers gespalten abstimmen.

(Dieser Text ist ein Auszug aus einem Interview, das in der PS-Ausgabe vom 13. Juli 2006 veröffentlicht wurde. Wir bedanken uns bei PS für die Abdruckgenehmigung.

Storyboard und Fotos aus dem Film «Escape to paradise» © INSERT FILM AG)



Nationalbankgewinne für die AHV

Sichere AHV

Louis Schelbert, GB-Nationalrat, Luzern

Am 24. September stimmen wir über die eidgenössische Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV» ab. Sie verdient ein Ja, denn die Gewinne der Nationalbank sind in der AHV am besten und am gerechtesten aufgehoben: So profitieren alle davon.

Das Wichtigste in Sachen AHV vorab: Die AHV ist die bedeutendste soziale Einrichtung unseres Landes, und sie ist kerngesund. Zwar stieg in den letzten dreissig Jahren die Zahl der AHV-AltersrentnerInnen um 75 % von 961'000 auf 1'648'000 Personen. Doch die Wirtschaftsentwicklung machte es möglich, Jahr für Jahr diese steigende Zahl von Renten zu finanzieren, ohne dass deswegen die Prämien stark anstiegen. In den letzten Jahren erzielte die AHV Milliarden-Überschüsse (2005: über 2 Mrd. Franken).



Neue Einnahmen notwendig

Warum also braucht es neue Einnahmen für die AHV? Dafür gibt es gute Gründe.

1. Der Bundesrat hat Kurs auf einen Abbau der AHV-Renten genommen. Zuerst will er den Teuerungsausgleich verzögern, später ganz darauf verzichten, wenn der AHV-Fonds unter 45 % einer Jahresausgabe sinkt. Die Kaufkraft-Garantie der Renten würde faktisch abgeschafft. Das träfe nicht vor allem die alten, sondern viel mehr die jungen Leute: Ihr Rentenanspruch würde immer weiter absacken. Mit Gewinnen der Nationalbank lässt sich diese Entwicklung vermeiden.

2. Die Initiative ist eine Art Voraus-Gegenvorschlag zu den Abbaubestrebungen des Bundesrats und der Mehrheit des Bundesparlaments. Sie versuchen seit Jahren, mit dem Hinweis auf die Alterung der Bevölkerung die AHV krankzureden. Die Initiative ist eine Chance, die finanzielle Lage der AHV auf Jahre hinaus zu sichern. Eine zusätzliche Erhöhung der Mehrwertsteuer wird

bis auf weiteres unnötig, im Gegenteil: Ausbau statt Abbau ist dann das Thema.

3. Mit der 10. AHV-Revision und bei der Volksabstimmung über unsere grüne Volksinitiative zur Senkung des AHV-Alters auf 62 Jahre war versprochen worden, ein flexibles Rentenalter einzuführen. Jetzt ist eine Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes dazu hängig. Ein guter Teil der für das flexible Rentenalter notwendigen Mittel kann mit Gewinnen der Nationalbank berappt werden.

Die Gegenargumente

Gegner der Initiative behaupten, die Initiative würde die Politik der Nationalbank zu ihrem Schaden beeinflussen. Das ist nicht wahr. Das Nationalbankgesetz bestimmt, dass die Nationalbank weder vom Bundesrat noch vom Parlament Weisungen einholen oder entgegennehmen darf. Daran ändert sich nichts.

Ein anderes «Gegenargument»: Die Initiative schade den Kantonen. Richtig ist, dass Bankrat, Bundesrat und Kantone nach der Lancierung dieser Initiative neue Gewinnausschüttungen beschlossen – ohne Möglichkeit zu einem Referendum. So erhielten die Kantone seit 2002 insgesamt 21,3 Milliarden Franken. Damit wurden Schulden getilgt, viele Kantone – auch Luzern – sind saniert! Die Initiative belässt ihnen einen Anspruch auf eine Milliarde des Reingewinns.

Die AHV stärken

Der Initiativtext lautet: «Der Reingewinn der Nationalbank geht an den Ausgleichsfonds der Alters- und Hinterlassenenversicherung. Vorbehalten bleibt ein Anteil der Kantone von 1 Milliarde Franken jährlich; das Gesetz kann diesen Betrag der Preisentwicklung anpassen.»

Abstimmungsparole

Abstimmungsparole Volksinitiative
«Nationalbankgewinne für die AHV»

JA

Learn English

www.english-on-dartmoor.com

in einem Landhaus in Devon

**Eintauchen in die Sprache
und in die Landschaft**

Vielseitige Kurse

von Februar bis November 2006

Kursdauer 2 bis 4 Wochen

Das Essen ist vegetarisch

Das Mindestalter: 28 Jahre

Aktuell:

Open English Courses

Für das Jahr 2006

Autumn English Courses

September und Oktober 2006

Auskünfte und Anmeldungen bei

Lynn Rawlinson

info@english-on-dartmoor.com

Telefon: 0044 1364 73117

Für erneuerbare Energien Initiative ist zustande gekommen

Jonas Ott, GB-Sekretär, Luzern

Mitte Juli war es soweit: Auf dem GB-Sekretariat traf die 4001. beglaubigte Unterschrift ein! Innerhalb von weniger als acht Monaten hat es das GB geschafft, die benötigten Unterschriften für die Energie-Initiative zu sammeln.

Am Anfang stand die Mitgliederversammlung vom 21. Nov. 2005. Einstimmig beschlossen die anwesenden GB-Mitglieder, eine kantonale Initiative zur Frage der Klimaerwärmung zu lancieren. Unter dem Titel «Weg vom Öl – hin zu erneuerbaren Energien!» verlangt das Initiativkomitee vom Kanton Luzern, dass er bis ins Jahr 2030 den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtverbrauch verdoppelt.

Zahlreiche Standaktionen

Die ersten Standaktionen fanden im Dezember 2005 statt. Gleich am ersten Samstag kamen in der Stadt Luzern über 300 Unterschriften zusammen, und die vielen positiven Reaktionen waren mehr als ermutigend. Der Initiativbogen wurde dem RundBrief und dem Mitteilungsblatt der SP beigelegt, was weitere Unterschriften brachte. Danach geschah lange Zeit nichts, zu kalt war es für weitere Standaktionen – bis in den März hinein. Ende März begann das Sekretariat seine grosse Telefonaktion. Wir riefen bei GB-Mitgliedern (vor allem aus der Stadt) an und fragten, ob sie bereit wären, während einer Stunde für die Initiative Unterschriften zu sammeln. Bei mehr als der Hälfte der Mitglieder stiessen

wir auf offene Ohren. Dank ihnen und dank der Unterstützung von Ortsgruppen (z. B. L2O Horw, GB Emmen) wurden rund 2'100 Unterschriften an Standaktionen gesammelt – eine Zahl, die sich sehen lassen kann.

Zeitpunkt goldrichtig

Die übrigen Unterschriften verdanken wir der Tatsache, dass wir den Initiativbogen mehreren Zeitschriften beilegen durften: dem «Pro-Natura-Magazin», dem «Velinfo» der IG Velo Luzern, dem «WWF-Magazin» sowie den Mitteilungsblättern von CVP und (wie bereits erwähnt) SP. An dieser Stelle möchten wir diesen Organisationen und Parteien herzlich für die Unterstützung danken!

Zeitlich liegt das GB mit seiner Initiative goldrichtig: Im Juni hat der Regierungsrat seine Botschaft zum Planungsbericht Energie verabschiedet. Der Planungsbericht ist ein eigentliches Strategiepapier und definiert die Energiepolitik des Kantons Luzern für die nächsten Jahre. Im November wird sich der Grosse Rat diesem Bericht widmen und wohl im Auge behalten, dass viele BürgerInnen eine verstärkte Förderung der erneuerbaren Energien unterstützen.

Die Energie-Initiative ist gesammelt. Für uns vom Sekretariat bedeutet das, dass wir uns nun voll auf das nächste grosse «Geschäft» konzentrieren können – die Grossrats- und Regierungsratswahlen 2007.



Oeko-Hotel Gruebismalm/Rigi

Unser ökologisches Hotel liegt idyllisch gelegen an der autofreien Rigi-Südseite. Das Hotel ist baubiologisch renoviert, und wir nutzen die Sonne für Strom und Warmwasser. In unserer Küche kochen wir frische und natürliche vegetarische und nicht vegetarische biologische Vollwert-Speisen.

Bei uns können Sie angenehme Ferientage verbringen, Kurse und Tagungen durchführen oder auch Feste feiern. Als familienfreundliches Hotel übernachten bei uns Kinder bis 14 gratis im Zimmer der Eltern. Im Sommer ist die Rigi ein herrliches Wandergebiet, und im Winter ist das Skigebiet mit den Rigi-Bahnen bequem erreichbar.

Hotel Gruebismalm/Rigi, Familie Schaub
6354 Vitznau, Tel. 041-397 16 81, Fax 041-397 21 70
email: oeko-hotel-gruebismalm-rigi@bluewin.ch

für sie «gut zum druck»

g e g e n d r u c k _ G m b H

_offsetdruckerei _t 041 360 82 70

R E S T A U R A N T B A R
N E U S T A D T

Ess- & Weinkultur • Neustadtstr. 21 • Tel. 041 210 2371 • Sonntag geschlossen

Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen

«Beim Budget mitreden»

Michael Töngi, GB-Co-Präsident, Kriens

Für Stephan Fecker sind die Folgen der Sparpolitik offensichtlich. Nicht nur für das Personal, sondern auch für die Patientinnen und Patienten. Deshalb tritt der Berufsmann für die Mitsprache der Bevölkerung bei der kantonalen Finanzpolitik ein.

Michael Töngi: Die Schliessung des Wolhuser Spitals ist weg vom Tisch, bevor sie ernsthaft diskutiert wurde, trotzdem ist der Schweizerische Berufsverband der Diplomierten Pflegefachfrauen und -männer (Sektion Zentralschweiz, SBK) Mitglied der Plattform Luzern. Wie kommt es, dass sich ein Berufsverband in die Luzerner Finanzpolitik einmischt?

Stephan Fecker*: Wir wurden als Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personalverbände für ein Mitmachen angefragt. Uns erschien es sinnvoll, dass die Bevölkerung mit dem fakultativen Referendum die Möglichkeit erhalten soll, beim Budget mitreden zu können. Ein Ja oder ein Nein der Bevölkerung zu Sparmassnahmen und Abbau hat für uns ein anderes Gewicht als ein Beschluss des Regierungsrats oder des Grossen Rats.

Gab es innerhalb des Berufsverbandes Diskussionen, ob der SBK Zentralschweiz in einem Initiativkomitee seine Interessen vertreten soll?

Natürlich. Einige argumentierten, unser Berufsverband sei von der Finanzpolitik nicht unmittelbar betroffen. Hinzu kommt, dass unser Verband nicht nur gewerkschaftliche Aufgaben hat, sondern auch in der Weiterbil-

dung oder in der Qualitätssicherung, kurz: in der Berufsentwicklung, engagiert ist. Es ist aber völlig klar, dass wir über die Löhne und Arbeitsbedingungen stark von der heutigen Luzerner Politik betroffen sind, die gleichzeitig Steuern senkt und ein Sparpaket nach dem andern schnürt.

Wo waren im Spitalbereich diese Sparpakete spürbar?

Wir haben im Gesundheitsbereich einen Personalstopp, das heisst konkret, dass immer mehr PatientInnen von gleich viel Personal behandelt werden. Der Leistungsdruck steigt und damit auch die Gefahr von Überlastung, Burn-out und Fehlern. Und wir haben heute nicht nur mehr PatientInnen bei gleichem Personalbestand zu behandeln, sondern auch immer komplexere Fälle, d. h. mehrere Krankheitsbilder, die sich überlappen und den Aufwand erhöhen.

Und die konkreten Auswirkungen davon?

Während der Pflege gibt jeder alles, das geht nicht anders in diesem Beruf. Während der Arbeit müssen aber klar Prioritäten gesetzt werden. Dafür dauert die Regeneration während der Freizeit viel länger. Früher reichte mir nach den Nachtwachen ein Tag zum Umstellen, heute brauche ich dazu mehr Zeit. Früher machte ich gerne bis zu fünf Nachtwachen im Monat, heute beschränke ich mich auf zwei bis drei. Ich habe eine Familie, und meine Frau ist ebenfalls erwerbstätig. Ich bin dadurch während der längeren Regenerationszeit weniger belastbar.

Und merken dies die PatientInnen?

Dies hängt vom aktuellen Arbeitsaufwand ab. Wenn dieser sehr hoch ist, ja. Als ich mal zur Nachtwache kam, reklamierten fünf PatientInnen, das Pflegepersonal vom Spätdienst habe sich zu wenig um sie gekümmert. Das Personal musste aufgrund des hohen Arbeitsaufwandes Prioritäten setzen. Dies geht schnell auf Kosten der weichen Faktoren, wie z. B. Gespräche führen, den Beziehungsprozess wahrnehmen. Man ist dann froh, wenn man nur schon alle ärztlichen Verordnungen ausführen kann. Die Motivation, in einen Beziehungsprozess mit den PatientInnen zu tre-



Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen

Die Initiative «Mehr Demokratie bei den Kantonsfinanzen» will erreichen, dass neu gegen das kantonale Budget das Referendum ergriffen werden kann. Bis heute ist dies nicht möglich und verhindert, dass die Bevölkerung die Möglichkeit hat, bei wichtigen Finanzbeschlüssen mitzureden. So verlangten die meisten Massnahmen der letzten Sparpakete keine Gesetzesänderungen, sondern wurden via Budget abgesehen – und damit an der Stimmbevölkerung vorbeigeschleust. Das soll mit einem Ja am 24. September geändert werden.

Die Initiative wurde letzten Herbst innert kürzester Zeit unter der Federführung von Louis Schelbert gesammelt und von einer breiten Koalition gestützt: Neben CSP, GB und SP sind Berufsverbände, Gewerkschaften, Kulturorganisationen und Umweltschutzverbände in der Plattform Luzern vertreten, welche die Initiative startete.

ten, nimmt in solchen Situationen ab. Man «mag» einfach nicht mehr. Zwar haben wir auf unserer Abteilung (trotz Stellenstopp) dank der Leistungserfassung eine zusätzliche Stelle bekommen, da aber zuerst immer der Bedarf nachgewiesen werden muss, hinken wir beim Stellenplan stets der Realität hinterher. Dies zeigt auch auf, dass sich Pflege- und Spitalleitung der Problematik bewusst sind und ihnen die Sicherung der Pflegequalität sehr wichtig ist. Das Problem liegt klar auf der politischen Ebene, wo wir gerade mit der Initiative Einfluss nehmen können.

Die beschriebene Situation fördert wohl nicht gerade die Zufriedenheit unter den Angestellten.

Die Attraktivität unseres Berufes leidet natürlich. Ein anderes Beispiel: Unsere Qualifikationsgespräche sind zwar lohnwirksam, doch sprach der Regierungsrat die letzten Jahre aufgrund der Sparpolitik zu wenig Geld. Die Lohnerhöhung orientierte sich dann automatisch am gesprochenen Budget und nicht an den tatsächlichen Leistungen des Personals, was zu kleinen oder gar keinen Lohnerhöhungen geführt hat.

Wie sehen Sie die Zukunft Ihres Berufes?

Studien zeigen (z. B. RICH-Studie), dass uns der Leistungsdruck teuer zu stehen kommt. Gute Resultate in der Gesundheitsversorgung

hängen zwingend von einer qualitativ und quantitativ ausreichenden Pflege ab. Oder anders gesagt: Fehlen die nötigen Mittel und genügend gut qualifiziertes Personal, führt dies zu Folgekosten. Dazu gehören zum Beispiel Komplikationen, die wegen einer prekären Personalsituation nicht oder zu spät entdeckt werden. Und sicher ist: Mit zunehmendem Druck und schlechteren Arbeitsbedingungen wird der Beruf der Pflege für junge Menschen immer weniger attraktiv. Das hat fatale Auswirkungen auf unser Gesundheitswesen.

Kommt hinzu, dass sich durch die Umstellung in der Berufssystematik in zarka vier Jahren ein Pflegenotstand abzeichnet. Von den ausgebildeten Fachangestellten Gesundheit machen zu wenige weiter und es holen sich somit zu wenige das Diplom in Pflege auf der Tertiärstufe. Zudem zeichnet sich auch in den USA ein Pflegenotstand ab, und es bestehen Ideen, in Europa Personal zu rekrutieren.

** Stephan Fecker arbeitet im Spital Sursee als Dipl. Pflegefachmann Höfa1. Im Berufsverband ist er im Vorstand der Sektion Zentralschweiz und vertritt die Zentralschweiz im Zentralvorstand des SBK Schweiz. Als Vorstandsmitglied der Sektion vertritt er die Sektion in der Plattform und in der Arbeitsgemeinschaft Luzerner Personalverbände.*

Impressum



BE Netz AG Luzern plant ganzheitlich und baut

- Solaranlagen für Warmwasser und Strom
- Pelletskessel und Pelletsöfen, Stückholzheizungen
- Wärmepumpen
- Moderne energiesparende Haustechnik
- Energieberatungen für Umbauten

Im info-heiz-center können wir Ihnen alle Kessel in Betrieb zeigen. Sie bekommen bei uns alles aus einer Hand, die Beratung, die Planung und die Installation. Umfangreiche Referenzlisten zeigen Ihnen unsere Stärken.

Rufen Sie uns heute noch an,
unser Team freut sich auf ihren
Anruf 041 410 40 70

BE | NETZ
Bau und Energie
BE Netz AG
Bernstrasse 57a
6003 Luzern
info@benetz.ch / www.benetz.ch

Herausgeber und Inserateverkauf
Grünes Bündnis, Neustadtstrasse 34,
Postfach 31, 6000 Luzern 4, PC 60-16103-5
Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Redaktion

Jürg Aebi, Natalie Kamber, Michael Töngi

Korrektorat

Nina Ceresa

Inserate

Telefon 041 360 79 66, Fax 041 361 06 77

Fotos

Jürg Aebi, Fotos Seiten 1, 4 und 5 aus dem Film «Escape to paradise» von Nino Jacusso

Konzept, Gestaltung und Druck

Gegendruck GmbH,
Neustadtstr. 26, 6003 Luzern
Telefon 041 360 82 70, Fax 041 362 22 37

Erscheinung

5x im Jahr, Auflage 1350 Exemplare

Abonnement

Ein Jahr Fr. 30.– Abo

Ein Jahr Fr. 50.– Unterstützungsabo

Redaktionsschluss

RundBrief 6/2006, 14. Oktober 2006

Städtische Abstimmung vom 24. September 2006

Erneuerung der Stadtentwässerung

Philipp Federer, GB-Grossstadtrat, Luzern

Der Grosse Stadtrat von Luzern bewilligte einstimmig den Kredit zur Erneuerung der Siedlungsentwässerungsanlagen. Das Anliegen ist unbestritten und für die Stadt eine Daueraufgabe.

Mit der Kamera des Kanalfernsehens gemachte Aufnahmen zeigen, dass an den Abwasseranlagen der Stadt grössere Schäden vorhanden sind. Diese müssen behoben werden. Etwa alle vierzig bis sechzig Jahre wird das gesamte Abwassersystem der Stadt erneuert. Der vorliegende Kredit in der Höhe von 28 Millionen Franken deckt die Erneuerungsarbeiten der nächsten sechs Jahre ab.



GB-/JG-Fraktion sagte einstimmig Ja

Die grüne Fraktion stimmte dem Kredit einstimmig zu. Die Begründungen sind einleuchtend und der Bedarf klar ausgewiesen. Kritisch hielten wir fest, dass Baustellen für die Bevölkerung immer unangenehm sind. Damit dies nicht problematisch wird, müssen die Arbeiten gut koordiniert sein. Mehrmaliges Aufreissen der Strassen in kurzen Zeitintervallen versteht die Bevölkerung nicht. Deshalb ist ein besonderes Augenmerk auf die Koordination zu legen, sei es im Gebiet Sentimatt oder bei der Umgestaltung des Dorfplatzes im Geissenstein.

Als negatives Beispiel muss die Villenstrasse erwähnt werden. Mehrmaliges Aufreissen und eine über Jahre blockierte Strasse verär-

gerten die AnwohnerInnen. Gute Baukoordination erspart nicht nur Ärger, sondern kostet auch weniger. Das ist insgesamt wirtschaftlich interessant.

Anliegen des Gewässerschutzes

Mit der Erneuerung der Anlagen können und müssen auch Anliegen des Gewässerschutzes aufgenommen werden. Ein vorausschauendes Wassermanagement ist nachhaltig. Bei der Hirschmattstrasse konnte dank der Initiative des Energiebeauftragten und eines privaten Investors eine interessante Energieanlage installiert werden: Energie wird gewonnen, indem dem warmen Abwasser Wärme entzogen wird. Dies ist mit einem umgekehrten Kühlschranks vergleichbar. Wir Grünen begrünnen solche Initiativen und hoffen, dass das erwähnte Projekt kein Einzelfall bleiben wird.

Abstimmungsparole

Rahmenkredit von 28 Mio. Franken für die «Erneuerung der öffentlichen Siedlungsentwässerungsanlagen der Stadt Luzern, 5. Etappe, 1. Teil»

JA

Mieterinnen- und Mieterverband Luzern

Mietprobleme | Einzug-Auszug | Wohnungsabnahmen
Mängel in der Wohnung | Mietzins-Check | Literatur

Werden Sie Mitglied! Wir unterstützen und beraten Sie!

Telefon 041 220 10 22

www.mieterverband.ch/luzern

M i e t e r s c h u t z i s t n ö t i g !

Grüner Vorstoss aus dem Grossen Stadtrat

Begegnungszonen mit Tempo 20

Philipp Federer, GB-Grossstadtrat, Luzern

Die grüne Fraktion setzt sich für die Vergrößerung der Begegnungszone Bahnhofstrasse und für eine neue Begegnungszone Hirschmattquartier ein. In den Begegnungszonen haben FussgängerInnen überall Vortritt, und der Verkehr rollt langsamer als in einer Tempo-30-Zone.

Viele Städte haben erfolgreich grosse Begegnungszonen eingeführt. In Luzern ist der Theaterplatz seit November 2005 offiziell eine Begegnungszone. Die PassantInnen geniessen Vortritt, während der Verkehr nicht schneller als mit 20 Kilometer pro Stunde rollen darf. Laut der Mediensprecherin der Stadtpolizei Luzern sind die Erfahrungen positiv. Die Bevölkerung und die Verkehrsteilnehmenden haben sich schnell an die neue Zone gewöhnt und sie schätzen gelernt.



Das Entfernen der Zebrastrifen hat zu einer verbesserten Situation geführt: Für die FussgängerInnen war früher unklar, ob man die Zebrastrifen benutzen muss, während sich die Autofahrenden fragten, warum FussgängerInnen neben dem Zebrastrifen die Strassen überqueren. Die neue Regelung – Vortritt für die FussgängerInnen – ist klarer als die alte. Die Begegnungszone verlangt dennoch von allen gegenseitigen Respekt und Rücksicht.

Vergrößerung einerseits
Die Begegnungszone Bahnhofstrasse ist sehr klein. Nach dem positiven Kleinbetrieb möchte die Fraktion der Grünen die Zone ausdehnen. Der Stadtrat soll prüfen, ob angrenzende Strassen zur Zone dazugeschlagen werden können.

Vergrößerung einerseits

Neue Begegnungszone andererseits
Das Hirschmattquartier (das Quartier innerhalb von Pilatus-, Obergrund- und Zentralstrasse) ist heute mehrheitlich eine Tempo-30-Zone. Die Signalisation entspricht aber an vielen Stellen keiner Tempo-30-Zone, sondern einer Begegnungszone. Auf vielen Strassen des Quartiers gibt es heute schon keine Zebrastrifen: Murbacher-, Sempacher-, Dornacher-

und obere Habsburgerstrasse. Die Velostreifen sind oft lückenhaft oder fehlen ganz.



Die unklare Signalisation verunsichert viele. Christa Stocker und Philipp Federer fordern den Stadtrat auf, eine Begegnungszone für das Quartier zu prüfen. Einzig die Hirschmattstrasse würde als verkehrsreichste Strasse mit Zebrastrifen und einer Tempo-30-Markierung eingerichtet.

Die unklare Signalisation verunsichert viele. Christa Stocker und Philipp Federer fordern den Stadtrat auf, eine Begegnungszone für das Quartier zu prüfen. Einzig die Hirschmattstrasse würde als verkehrsreichste Strasse mit Zebrastrifen und einer Tempo-30-Markierung eingerichtet.



Integrierter Informatikunterricht auf Primarstufe Ja zu vernünftiger Investition

Susanne Lanz, GB-Einwohnerrätin, Kriens

Der Einwohnerrat von Kriens hat am 6. April 2006 den Kredit zum integrierten Informatik-Unterricht auf der Primarstufe mit 23:3 Stimmen gutgeheissen. Mit dieser Vorlage setzt Kriens als eine der letzten Gemeinden die gesetzlich vorgeschriebenen kantonalen Vorgaben um.

Die Gemeinde Kriens hat sich für ein weit-sichtiges Handeln entschlossen und will, zu-sätzlich zum kantonalen Auftrag, alle Kinder-gärten, ersten und zweiten Klassen sowie Hauswarte verkabeln. Gleichzeitig plant sie, einen Computer pro Kindergarten, erster und zweiter Klasse sowie vier Computer pro dritter bis sechster Klasse anzuschaffen. So kann der Computer in den Krienser Schulen als Lernhilfe für die Kinder sowie als Arbeits-platz für die Lehrpersonen eingesetzt wer-den.



Überparteiliches Komitee

Nachdem die CHance21 gegen diesen Be-schluss das Referendum ergriffen hatte, bil-deten wir ein überparteiliches Komitee. Für uns ist es wichtig, mit fairen Informationen an die Stimmbevölkerung zu gelangen. Dass die Benutzung des Computers und des Inter-nets gewisse Gefahren mit sich bringt, bestrei-ten wir nicht. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Kinder rechtzeitig einen verantwortungs-vollen und bewussten Umgang mit dem Computer lernen können. Dazu gehört auch,

dass alle Krienser Kinder die Möglichkeit er-halten, den Computer als Arbeitsinstrument und Lernhilfe richtig einzusetzen.

Wozu Computer?

Ausgebildete Primarlehrpersonen fördern und unterstützen SchülerInnen mit sinnvollen Lernprogrammen. Sie vermitteln die techni-schen Voraussetzungen für bessere Erfolgs-chancen in der Schule und zeigen Eltern und Kindern die Risiken des falschen Bilderkon-sums auf. Die Kinder benutzen Lernspiele und erfahren den richtigen Umgang mit dem In-ternet. Eltern werden an Elternabenden oder bei Schulbesuchen informiert und können sinnvolle Lernsoftware für ihre Kinder ken-nen lernen. Auch Sicherheit im Internet, Ge-sundheit, Sucht und Reizüberflutung werden wichtige Themen sein.

Es ist unhaltbar, dass heute viele Lehrperso-nen mit ihren privaten, selber bezahlten, oft alten und deshalb verstärkt strahlenden PCs arbeiten müssen. Zudem sind die Schulhäuser intern schlecht vernetzt. Dies erschwert die schulinterne Kommunikation und die Umset-zung der kantonalen Lehrpläne.

Schulinterne Kommunikation

Der Computer soll in erster Linie als Arbeits-instrument für die Kindergärtnerinnen, die Unterstufenlehrkräfte und Hauswarte dienen. Dies vereinfacht die schulinterne Kommuni-kation und entspricht der heutigen Arbeits-weise. Kindergärtnerinnen und Unterstufen-lehrkräfte brauchen für ihre Vorbereitung Internetzugang, und erstellen Arbeitsblätter, Prüfungen, Elternbriefe usw. am Computer. Wir sind für den Einwohnerratsbeschluss, da eine vernünftig geplante, einmalige Investi-tion die Anschaffungskosten der Computer senkt und die maximalen Unterstützungsbei-träge des Kantons garantiert. Die im Referen-dum geforderte Minimallösung führt zu Mehrkosten.

Horw · St. Niklausen

Bio-Fleisch: Von Natur aus besser.
Verkauf ab Hof jeden Samstag von 8-13 Uhr

Ueli & Hof

Bio-Hof Mättwil · Tel. 041 342 05 46 · www.uelihof.ch

Abstimmungsparole

Integrierter Informatik-Unterricht
auf der Primarstufe

JA

Kultur auf dem Sonnenberg – zu welchem Preis?

Projekt der Stiftung Laurana

Susanne Lanz, GB-Einwohnerrätin, Kriens

In der DRS1-Radiosendung «Siesta» vom 28. April 2006 hat die Architektin Gret Loewensberg unter anderem von ihrem aktuellen Projekt erzählt. Die Zürcher Stiftung Laurana plant ein Kunst- und Kulturzentrum, welches Galerien, diverse Installationen, Ateliers und Gastronomie umfasst. Nachdem das Projekt in Kilchberg ZH gescheitert ist, versucht die Stiftung nun in Kriens ihren Traum zu verwirklichen.

Einmal mehr hat es der Gemeinderat Kriens verpasst, den Einwohnerrat offen über ein geplantes Grossprojekt zu informieren. Nachdem er auf eine erste mündliche Anfrage vor den Sommerferien von keinem solchen Projekt Kenntnis hatte, reichte ich eine Interpellation zum gleichen Thema ein. Und siehe da: Gemeindammann Bruno Peter ist bestens informiert und betont gleichzeitig, dass der Krienser Gemeinderat positive Signale für dieses Grossprojekt ausgesandt habe. Eines seiner Hauptargumente ist – wie bereits beim Seilparkprojekt – die bessere Auslastung der sanierten Sonnenbergbahn.

Es ist unumstritten, dass das Hotel Sonnenberg sanierungsbedürftig ist. Dass die Auslastung der Sonnenbergbahn verbessert wird, ist sicher auch in unserem Sinne. Aber bevor solche Grossprojekte ernsthaft geprüft werden, muss eine Diskussion über die Zukunft des Sonnenbergs im Einwohnerrat geführt werden.

Naherholungsgebiet erhalten

Im Mai 2002 reichte Heinz Schwarz im Namen des GB eine Motion mit dem Titel «Gesamtkonzept Naherholungsgebiet Sonnenberg» ein. Leider wurde sie vom Rat nicht überwiesen, obwohl der Gemeinderat damals bereit gewesen wäre, sie als Postulat entgegen-



zunehmen. Unsere damaliges Anliegen hat auch heute noch seine Gültigkeit.

Der Gemeinderat soll ein Gesamtkonzept über den Sonnenberg vorlegen, in dem aufgezeigt wird, wie sich in den nächsten Jahren gastgewerbliche Interessen fördern und optimieren lassen, ohne dass dabei ökologische Notwendigkeiten und landwirtschaftliche Interessen auf der Strecke bleiben. Wir wollen den Sonnenberg als grüne Oase und Naherholungsgebiet erhalten.



www.baukultur.ch

BÜRO FÜR BAUKULTUR GMBH
EDGAR UEBERSCHLAG
ARCHITEKTUR
BAUÖKOLOGIE
BAUBIOLOGIE
BRÜGGLIGASSE 2
CH - 6004 LUZERN
TEL. 041 - 412 02 90

Wovor sich die Menschen fürchten

Problembären und Ausländerprobleme

Christian Sager, Vorstand junge gruene, Luzern

Bayern hatte ein Bärenproblem. JJ1 hielt sich nicht an die bayrischen Sitten und frass auf ganz ungebührliche Weise Schafe. Damit wurde er zum Problembären. Umweltminister Schnappauf platzte der Kragen, und so schlug nach allzu kurzer Frist des Bären letzte Stund'. Man hat ihn abgeknallt. Peng. Und Bayern, das versichere ich Ihnen, hat nun kein Bärenproblem mehr.

JJ1 hat nicht allzu viele Schafe gefressen. Aber die bayrischen Bauern hatten grosse Angst vor dem wilden Bären. Zeitungen zeigten JJ1 als Bedrohung für Menschen und Dörfer. Die Wildnis – der archetypische Feind des Bauern:

Je ländlicher ein Gebiet, desto entschlossener sein Kampf zur Verteidigung der Zivilisation. Oberbayern ist sehr ländlich. Und als guter Politiker hat man seine Bürger mit ihren Sorgen ernst zu nehmen.

Also hatte Schnappauf ein Bärenproblem. Ob er es nun wollte oder nicht.

In der Schweiz fürchten sich viele Menschen vor Ausländern. Es ist eine reichlich diffuse Angst, welche um Begriffe wie Arbeitsplatz, Gewalt, Islam und Fremdheit kreist. Auch diese Angst wird von den Medien geschürt:

Sie zeigen stetig mehr Gewalt, und Ausländer sind fast immer die Täter.

Wann liegt ein Problem vor?

Haben wir also ein Ausländerproblem? Es stellt sich die Frage, wann in der Politik ein Problem vorliegt. Besteht es, wenn tatsächlich – also objektiv besehen – Handlungsbedarf auszumachen ist? Oder ist die subjektive Seite ausschlaggebend: Ein Problem besteht, wenn die Menschen eines haben?

In einer Demokratie regiert das Volk. Die Ängste und Sorgen der Bevölkerung diktieren die politische Agenda. Natürlich birgt dies die Gefahr, dass Furcht geschürt oder gar entfacht

werden kann. Auch die linke Politik kann diese «Volksangst» nicht einfach ignorieren. Die Furcht der Menschen ist real, und wenn wir – obwohl vielleicht zu Recht – das Problem negieren, fühlen sich die Menschen nicht ernst ge-

nommen. Sie hören uns nicht zu.

Wir müssen also ein «Ausländerproblem» haben. Wenn wir in den Abstimmungen vom 24. September auch nur den Hauch einer Chance haben wollen, muss das Credo sein: Wir nehmen eure Sorgen ernst. Aber abknallen ist keine Lösung.



Die mag mich!

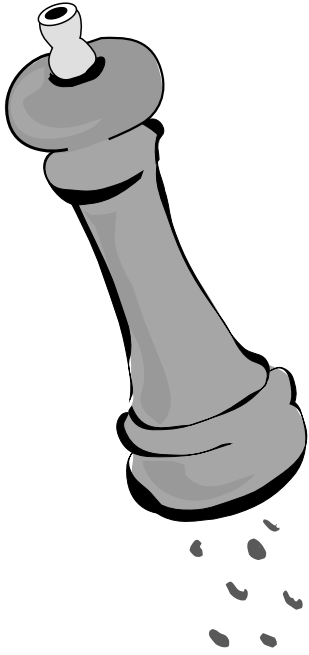
www.xundheit.ch

Xundheit

versichert

Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz

Xundheit, Öffentliche Gesundheitskasse Schweiz, Pilatusstr. 28, 6002 Luzern, Tel. 041 227 77 77



Heute aus der Rubrik: Die Welt spinnt!

Feinstaub, Ozon, Hitzerekorde, Klimawandel ... Rauchen ist tödlich – Autofahren dagegen nicht. Wann erhalten Autos endlich unentfernbarer Kleber mit der Aufschrift «**Warnung des Bundesamtes für Gesundheit: Autofahren kann Ihnen und Ihrer Umgebung erheblichen Schaden zufügen**»?

Im Seetal und an anderen Orten rasen Minderjährige mit geklauten Autos. Die Wettrennen finden nachts statt und sind schon tödlich ausgefallen. Das Verhältnis von Jugendlichen zum Auto hat bei einigen eine religiöse Dimension. Die volle Konzentration, **die ganze Hingabe und Verehrung gilt schnellen Autos**. Jugendliche haben die Fähigkeit, sich auf etwas voll einzulassen. Ihre Selbsteinschätzung ist aber oft eine Überschätzung, das Bewusstsein für Gefahren ist schwach entwickelt. Sie erleben das Kribbeln des Verbotenen, einen Rauschzustand und ein illusorisches Machtgefühl, wenn sie eine schnelle Maschine «beherrschen».

Die Autowerbung nutzt diese jugendlichen Schwächen mit einer religiösen Sprache und religiösen Motiven immer dreister aus. Ein besonders negatives Beispiel ist die **Werbung von Fiat Punto**. Dabei fährt ein Auto dreimal durch Glasscheiben. Eine Glasscheibe ist beschriftet mit «Zweifel?». Für den Fiat-Händler gibt es bei dieser Werbung keine Grenzen des Anstands. Die Botschaft ist klar: Hindernisse gibt es keine auf den Strassen, und Zweifel darf es nicht geben. **Ansonsten durchfährt man sie am besten**, was der Fiat-Chef der Öffentlichkeit gleich selber vordemonstrierte.

Eine eindringliche Stimme erklingt im Werbespot: «Schliesse deine Augen! Geh in dich und hör auf dein Herz! Dann wirst du entdecken, dass Barrieren ...» Mit einer religiösen

Sprache werden Jugendliche dazu aufgefordert, Hindernisse zu ignorieren und Zweifel nicht zuzulassen.

Nebst vier versteckten Befehlen werden zwei **Heilsversprechungen** gegeben. Der Sprecher verspricht dem Autobesitzer «grenzenlose Freiheit», also ein Paradies auf Erden. Barrieren sollen nur in unseren Köpfen existieren. Rücksicht muss keine genommen werden, weil sie nicht notwendig sei. In diesem Spot ist sie auch nicht notwendig, weil darin weder Fussgängerinnen noch weitere Autofahrer noch spielende Kinder vorkommen. Der «Grande punto» ist die **grenzenlose Freiheit** – und die grenzenlose Verblödung.

Der Kanton Luzern fördert die Sucht mit dem Agglomerationsprogramm. 75 % von 3300 Millionen Franken werden für das Autofahren investiert.

Übrigens: Mindestens ein Fiat-Auto war in einen jugendlichen Raserunfall verwickelt.

stattkino

ab 31. August
ZUM ABSCHIED MOZART
von Christian Labhart

ab 1. September
DOUCHES FROIDES
von Antony Cordier

ab 14. September
MOOLAADÉ
von Ousmane Sembène

ab 28. September
SEHNSUCHT
von Valeska Grisebach

ab 1. Oktober
DIE KUNST DER EXAKTEN PHANTASIE
von Beat Bortler

ab 12. Oktober
WORKINGMAN'S DEATH
von Michael Glawogger

ab 26. Oktober
HIPPIE MASALA
von Ulrich Grossenbacher
und Damaris Lüthi

STATTKINO IM BOURBAKI PANORAMA LUZERN
Detaillierte Angaben entnehmen Sie bitte der Tagespresse
oder dem Monatsprogramm · www.stattkino.ch

Rundbrief

Agenda

Mai

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Fr 01.	20.00	Start 2xNein-Marsches St. Gallen-Berrn, www.2xNein-Marsch.ch
Fr 01.	20.00	Sitzung Junge Grüne , GB-Sekretariat
Mi 06.	20.00	GB-Mitgliederversammlung , foroom.willisau, Willisau (s. S.)
Fr 08.	20.00	Asyl- und Ausländergesetz: Podium mit alt-Bundesrätin Ruth Dreifuss, Maritanischer Saal, Bahnhofstr. 18, Luzern
Sa 09.	09.00	Retraite Kant. Vorstand , Restaurant Schützengarten, Luzern
Mo 11.	19.00	Wahlgruppe , ab 20.00 Uhr Kant. Vorstand , GB-Sekretariat
Di 12.	20.00	Neues Asylgesetz – humanitäre Schweiz? Gedankenaustausch mit Roland Neyertlin, Giorgio Leuenberger, Andreashaim, Wolhusen
Mi 13.	20.00	Menschenrechte als politische Aufgabe: Referat von Andreas Gross, Bürgersaal, Rathaus Sursee
Di 19.	19.30	Städtischer Vorstand , GB-Sekretariat
So 24.		Abstimmungssonntag
Mo 25.	19.00	Wahlgruppe , ab 20.00 Uhr Kant. Vorstand , GB-Sekretariat
Do 28.	19.30	GB-Frauen-Gruppe , GB-Sekretariat

Juni

Datum Zeit Veranstaltung · Ort

Fr 06.	20.00	Sitzung Junge Grüne , GB-Sekretariat
Sa 14.		Redaktionsschluss Rundbrief 06/06
Mo 16.	19.00	Wahlgruppe , ab 20.00 Uhr Kant. Vorstand , GB-Sekretariat
Di 17.	19.30	Städtischer Vorstand , GB-Sekretariat

Rundbrief

Veranstaltungshinweis

Einladung zur Mitgliederversammlung

Mittwoch, 6. September 2006, 20.00 Uhr, Rathaussaal, Willisau

Am 1. April 2007 finden im Kanton Luzern die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Das Grüne Bündnis startet den Wahlkampf. Mit einer Regierungsratskandidatur für einen politischen Kurswechsel im Kanton.

Traktanden der Mitgliederversammlung:

- Umbenennung in «Grüne Luzern» (Statutenänderung)
- Referendum gegen die laufende Steuergesetzrevision
- Nomination für den Regierungsrat. Vorgeschlagen wird Rosa Rumi, Psychologin und GB-Co-Präsidentin aus Alberswil.

Das GB lädt herzlich zu dieser Versammlung mit anschliessendem Apéro ein.

Zugverbindungen ab Luzern:

Luzern ab: 18.57 Uhr (Gleis 3) Willisau an: 19.27 Uhr
Luzern ab: 19.05 Uhr (Gleis 3) Willisau an: 19.50 Uhr